

Berner Zeitung 14.8.2014

Teure Lernziele

LEHRPLAN 21 Ab 2015 sollen die Kantone den Lehrplan 21 einführen. Wie und wann genau sie das tun, ist ihnen überlassen. Der Kanton Bern plant die Einführung ab 2017 oder 2018. Jedoch nimmt der Widerstand gegen die neuen Lernziele zu. In einigen Kantonen laufen Initiativen gegen den Lehrplan. Umstritten ist dieser vor allem wegen der Inhalte. Doch auch die finanziellen

Konsequenzen geben zu reden. Denn mancherorts muss die Zahl der wöchentlichen Schullektionen erhöht werden dafür, die Ziele des Lehrplans zu erreichen. So auch im Kanton Bern. Dies würde dem Kanton und den Gemeinden jedoch jährlich wiederkehrende Mehrkosten in Millionenhöhe bescheren. Vor allem bürgerliche Bildungspolitiker sind deshalb skeptisch. *as*

Kritik an Lehrplan-Kosten

Berner Zeitung, 14.8.2014



Ob mit oder ohne Lehrplan 21, diesem Buben scheint der Unterricht gerade nicht allzu grosse Freude zu machen.

Keystone

VOLKSSCHULE Der Lehrplan 21 ist nicht nur inhaltlich umstritten. Auch die hohen Kosten, die dessen Einführung mit sich bringt, sorgen in einigen Kantonen für Diskussionen. Im finanzschwachen Kanton Bern lösen die Mehrkosten vor allem bei bürgerlichen Politikern Skepsis aus.

Nächstes Jahr ist es so weit: Die Erziehungsdirektorenkonferenz übergibt den Lehrplan 21 den Kantonen. Wann, wie und ob diese die neuen Lernziele einführen, ist ihnen überlassen. Der Kanton Bern will den Lehrplan im Sommer 2017 oder im Sommer 2018 einführen.

Was die Bildung zwischen den Kantonen harmonisieren soll, droht diese zu entzweien (siehe Box). Neben den inhaltlichen werden auch finanzielle Diskussionen geführt. So hat die Aargauer Regierung eben bekannt gegeben, dass sie die Einführung des Lehrplans um drei Jahre verschiebt – auch wegen der Mehrkosten. Um die neuen Lernziele zu erreichen, muss der Aargau die Lektionenzahl erhöhen.

Auch im Kanton Bern zeichnet sich diese Debatte ab. Denn auch hier ist die Lektionenzahl zu tief. Konkret beträgt die Differenz zum Mittelwert der 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone acht Lektionen auf der Primar- und vier Lektionen auf der Sekundarstufe. Auf der Primarstufe sind die Fächer Deutsch und Mathematik unterdotiert.

Aufstockung geht ins Geld

Die Regierung geht in einer Schätzung davon aus, dass eine

Anpassung der Lektionentafel jährlich wiederkehrende Kosten von maximal 22 Millionen Franken auslösen würde (wir berichteten). Dies sei, sagt Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne), eine grosszügige Schätzung. «Ich gehe davon aus, dass wir für die Mehrlektionen nicht den vollen Betrag ausschöpfen müssen.» Klar ist aber, dass die Gemeinden 30 und der Kanton 70 Prozent davon tragen müssten.

Bei den Berner Bildungspolitikern löst dies gemischte Gefühle aus. Für SP und Grüne ist klar, dass sich diese Investition lohnt. «Wenn die Schüler in allen Kantonen die selben Kompetenzen erwerben sollen und man den Anforderungen der Wirtschaft gerecht werden will, dann muss sich der Kanton Bern die Aufstockung der Lektionen leisten», sagt SP-Grossrat und Schulleiter Roland Näf. Bettina Keller (Grüne, Hinterkappelen) begrüsst den Ausbau. «Die obligatorische Bildung darf im Kanton Bern nicht unter dem Schweizer Durchschnitt sein.»

«Investitionen in die Bildung sind an sich gut», sagt Donat Schneider (SVP, Diessbach). Allerdings nicht um jeden Preis: «Angesichts dessen, dass der neue Lehrplan umstritten ist, müssen wir genau schauen, wofür wir das Geld ausgeben.» Allenfalls wäre zu prüfen, ob auch der Kanton Bern die Einführung des Lehrplans verschieben soll. «Dann könnten wir von der Erfahrung anderer Kantone profitieren», so Schneider.

Auch BDP-Grossrat Heinz Siegenthaler (Rüti bei Büren) will «den Bildungsfranken» gut in-

«Mehr Lektionen bedeuten nicht auch mehr Wissen.»

Thomas Brönnimann

vestiert sehen. Wenn die Bildung dadurch besser werde, dann müsse der Kanton investieren. Angesichts der maroden Kantonsfinanzen sei allerdings fraglich, wo das Geld dafür herkommen solle. «Dann müsste in der Bildungsverwaltung entsprechend gespart werden», sagt Siegenthaler.

Diese Haltung teilt FDP-Bildungspolitikern Corinne Schmidhauser (Unterseen). Zumal sie die Gesamtzahl der Lektionen nicht erhöhen will. Sie schlägt vor, beispielsweise das Mehr an Mathematik mit einem Weniger an musischen Fächern zu kompensieren. «Gemäss kürzlich publizierten Erkenntnissen

KANTONE

Opposition wächst

Im Kanton St. Gallen laufen Volksinitiativen gegen die Einführung des Lehrplans 21 und für einen Austritt aus dem Harmos-Konkordat. In Baselland ist die Initiative zum Harmos-Austritt zustande gekommen. Nächste Woche wird im Aargau eine entsprechende Initiative lanciert. In Luzern feilen die Lehrplan-Gegner am Initiativtext. Im Thurgau und in Graubünden gibt es ähnliche Bestrebungen. Am Montag erklärte die Aargauer Regierung, dass sie den Lehrplan erst 2020/21 einführt. as

der Bildungswissenschaft profitieren. Schüler in Deutsch nicht von mehr Lektionen, in naturwissenschaftlichen Fächern schon.»

Gegen einen Abbau von «weichen Fächern» würde sich GLP-Grossrat Thomas Brönnimann (Mittelhäusern) «massiv wehren». Allerdings werde sich wohl keine Mehrheit für Mehrausgaben in Millionenhöhe finden. Er schlägt deshalb vor, dass der Kanton den Lehrplan mit der bisherigen Lektionenzahl einführen und dies während fünf Jahren von der Pädagogischen Hochschule evaluieren lassen soll. Mehr Lektionen würden nicht automatisch mehr Wissen bedeuten, so Brönnimann. «Die Walliser Schüler gehen hochgerechnet ein Jahr länger zur Schule als unsere und trotzdem schneiden sie in der Pisa-Studie nicht besser ab.»

Pulver will Klarheit bis 2017

Auch Erziehungsdirektor Bernhard Pulver spricht sich dagegen aus, die Zahl der Lektionen auf Kosten der weichen Fächer zu erhöhen. Zwar sei es technisch möglich, den neuen Lehrplan später einzuführen. Den Lehrkräften fehle jedoch das Verständnis für ein solches Hüft und Hott. Pulver will die Zahl der zusätzlichen Lektionen auf ein Minimum beschränken. Zudem bestehe die Möglichkeit, die Erhöhung gestaffelt vorzunehmen. Ganz darauf verzichten will er indes nicht. «Wir können den Lehrkräften nicht bei gleichen Ressourcen neue Aufgaben geben – das wäre ein schlechtes Signal.»

Andrea Sommer